

I. 8.

Aufarbeitung der Vergangenheit

Zwischenbilanz und Schlußfolgerungen

Nach den Einzelberichten über die Geschichte der historischen Orte und die Pläne für ihre künftige Nutzung möchte ich Ihre Aufmerksamkeit noch einmal auf die Grundfrage zurückführen, in der die Bemühungen, von denen hier die Rede ist, ihren Ursprung haben: die Frage des Umgangs mit der Vergangenheit in unserem Land. Und das meint nicht nur die Verbrechen, sondern auch das System, das sie möglich machte. Es meint aber auch das politische und das gesellschaftliche Umfeld, in dem alle diese Bemühungen stattfinden.

I.

Stellen Sie sich vor, jemand würde öffentlich behaupten, die Stalingrader Schlacht im Winter 1942 sei eine Zweckerfindung politischer Manipulateure, in Wahrheit habe sie nie stattgefunden, und die angeblich im Schnee verreckten Soldaten der 6. deutschen Armee säßen gesund und munter zuhause bei ihren Familien und verzehrten in Ruhe ihre Pension.

Ich nehme an, daß ein Proteststurm der Hinterbliebenen und Überlebenden dieses tragischen Dramas den Provokateur rasch zum Schweigen bringen würde, es sei denn, der Mann würde für geistesgestört erklärt.

Aber eine Provokation dieser Qualität erlauben sich die sogenannten "Revisionisten" des internationalen rechtsextremen Lagers, die von Auschwitz grundsätzlich nur als Auschwitzlüge reden und in Büchern und Flugschriften ungestraft seit Jahren mit pseudowissenschaftlicher Demagogie der Öffentlichkeit weismachen wollen, der Genozid am jüdischen Volke habe nie stattgefunden und sei eine zionistisch-kommunistische Erfindung zur dauernden Versklavung des deutschen Volkes.

Stellen Sie sich vor, ein bis dahin ernstzunehmender Historiker von Namen und Ansehen würde morgen die Theorie vertreten, bei einer nüchternen, historisierenden Betrachtung der Moskauer Schauprozesse von 1936 aus dem Abstand eines halben Jahrhunderts müsse auch die Frage legitim sein, ob Stalin, als er die große Tschistka einleitete, nicht in einem Akt putativer Notwehr gehandelt habe; ob ihn nicht vielleicht die Erfahrungen der Verfolgungsjahre während der Zarenzeit, die massiven Interventionsversuche der Westmächte nach der Oktoberrevolution und die aktuelle Bedrohung durch Hitlerdeutschland fast zwangsläufig in diese Richtung gedrängt hätten; ja ob er nicht einer vermeintlichen oder womöglich tatsächlichen, vom feindlichen Ausland gesteuerten Verschwörung gegen ihn und die Sowjetmacht nur zuvorgekommen sei. Einem solchen Historiker würde man antworten, daß er mit Spekulationen dieser Art seine wissenschaftliche Reputation aufs Spiel setze und politisch fragwürdigen Positionen eine Scheinlegitimität verleihe. Aber über Hitlers Befehl zur Ausrottung des jüdischen Volkes darf einer in dieser wissenschaftlich wie moralisch unverantwortlichen Weise öffentlich reden, und die Mehrzahl der zeitgenössischen Historiker, die sich dazu geäußert haben, nimmt ihn noch in Schutz. Die Beispiele lassen sich unschwer fortsetzen, etwa mit der feinsinnigen Unterscheidung eines seiner Berufskollegen, der den bloßen Gesinnungsethikern des 20. Juli die Verantwortungsethiker gegenüberstellt, die den Krieg verlängern mußten bei dem aussichtslosen Versuch, Deutschland vor dem Einmarsch der Roten Armee zu bewahren. Der Leugnung des Genozids in der rechtsextremen Szene korrespondiert das augenzwinkernde Einverständnis mit ihm, wie es sich

in den zynischen und mörderischen Witzen über Juden und Türken ausdrückt, die in Schulen und an Stammtischen erzählt werden. Die Versuche der nationalkonservativen Historiker, die Verbrechen der NS-Periode zu relativieren und das Gesichtsbild der Deutschen zu entsorgen, um Habermas zu zitieren, finden ihre Entsprechung in den Bemühungen der Bundesregierung, den Zweiten Weltkrieg zu entnazifizieren, wie sie in dem Spektakel von Bitburg ebenso zum Ausdruck kommen wie in den Plänen für ein nationales Mahnmal in Bonn, das Mörder und Ermordete vereint, indem es beide zu Opfern erklärt. In dieses Konzept passen auch manche öffentlichen Äußerungen prominenter Politiker aus jüngster Zeit. An die Stelle der lange beteuerten Scham ist nun die Schamlosigkeit getreten.

Da wird das Recht, von Auschwitz nichts mehr hören zu müssen, eingeklagt und die Weigerung artikuliert, auf ewig im Schatten der Hitlerjahre zu leben. Da wird die Verdrängung nach 1945 als historische Leistung gepriesen, die den Fortbestand des deutschen Volkes bewirkt habe, und allen, die eine fortdauernde Auseinandersetzung mit dem NS für unerlässlich halten, energischer Widerstand mit der Begründung angekündigt, sie - also wir hier zum Beispiel - wollten das deutsche Volk zukunftsunfähig machen. Welche Gedanken- und Sprachverwirrung, welches Mißverständnis, welche Demagogie.

Die Gemeinsamkeit aller dieser Erscheinungen besteht darin, daß bestimmte Argumentationsweisen vom rechtsextremen Rand sich inzwischen schon bis zur "demokratischen Mitte" durchgesetzt haben, oder - wie Prof. Alfred Grosser kürzlich in einem Fernseh-Interview feststellte - daß Postulate, die man vor einem Jahrzehnt noch ausschließlich in der Deutschen National- und Soldatenzeitung lesen konnte, heute bereits in der Frankfurter Allgemeinen zu finden sind. Damit ist eine neue negative Qualität in jener politischen Debatte erreicht, die seit Bestehen dieser Republik in Abständen immer wieder von neuem geführt wird.

II.

Die traurige Geschichte der deutschen Verdrängungsversuche seit 1945 ist den meisten von Ihnen wahrscheinlich in Erinnerung. Sie muß hier im einzelnen nicht rekapituliert werden. Stichworte genügen, um in diesem sich rhythmisch wiederholenden Prozeß das durchgängige Grundmuster zu erkennen.

Es beginnt mit der Sprache, der Wahl der Worte und der Bildung der Begriffe, die verräterisch präzise das Denken oder auch die Gedankenlosigkeit derer widerspiegeln, die sie verwenden. So spricht man seit je von Wiedergutmachung, wenn man Entschädigung meint, redet stets von Scham statt von Verantwortung und hantiert mit der Worthülse von der Betroffenheit, weil man den Schmerz, die Trauer und den Zorn, die unser Leben begleiten, noch keinen Augenblick empfunden hat. Unermüdlich fordert man daher seit Jahrzehnten statt der von Adorno angeratenen Aufarbeitung, beziehend genug, eine "Bewältigung" der Vergangenheit, ohne den gewalttätigen Gestus, der diesem Begriff innewohnt, auch nur wahrzunehmen. Tatsächlich verstand man darunter von Anfang an nur deren abschließende Erledigung. Anderes hatte man nie im Sinne, und daran hat sich bis heute nichts geändert. So steht diese Aufgabe seit 1945 auf der Tagesordnung. Gründe, dieser Vergangenheit auszuweichen, haben sich seither immer wieder gefunden. Zuerst bewirkte die Kollektivanklage des deutschen Volkes ein ebenso kollektives Unschuldbekenntnis und eine Solidarisierung mit jenen, die es 12 Jahre lang beherrscht und irreführt hatten. (Niemand

hatte an den Verbrechen der Nazis mitgewirkt oder auch nur ihre Herrschaft ermöglicht. Alle waren dagegen gewesen und hatten im übrigen von nichts gewußt.) Sodann waren es der Kampf ums Überleben und die Anstrengungen des Wiederaufbaus, die - so hörte man - alle Kräfte erforderten. Schließlich kam der Kalte Krieg. Man warb um die Besiegten von gestern als Verbündete von morgen. Die Versuche einer demokratischen Umerziehung wurden ebenso abgebrochen wie die Entnazifizierung. Die Wiedereinstellung ehemaliger Mitglieder der terroristischen Vereinigung NSDAP wurde vom Bundestag zum Gesetz erhoben. Und die amerikanische Besatzungsmacht verfügte die Freilassung der von ihr verurteilten Kriegsverbrecher, weil die damalige Bundesregierung ihre Zustimmung zu einem westdeutschen Wehrbeitrag an diese Vorbedingung knüpfte. Die Rückkehr der alten Fachleute, die dem NS-Staat gedient und seinen Raubkrieg vorbereitet hatten, wurde von vielen als Bestätigung des eigenen Verhaltens und als Eingeständnis verstanden, daß die Anklagen nach 1945 ungerechtfertigt waren. Wir werden wieder gebraucht, hieß die Parole des Tages.

Von da war es nicht mehr weit zu dem Vorwurf gegen die Amerikaner, daß sie mit Stalin Hitler schlugen, statt mit Hitler die Sowjetunion. Die Wiederbelebung der antikommunistischen Propaganda erlaubt es einem ganzen Volke, uneingestandene Schuldgefühle auf den neuen Feind zu projizieren und jeder ernsthaften Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit auszuweichen.

Antikommunismus und Antibolschewismus wurden wieder salonfähig, und es war unvermeidlich, daß sie ihr Pendant, den Antisemitismus, bald nach sich zogen.

Die Restauration der alten gesellschaftlichen Strukturen, die Rückkehr der Machteliten in ihre Führungspositionen und die ideologische Ausrichtung im Zeichen der Ära McCarthys machten alle Versuche eine Gewissensprüfung, einer moralischen und politischen Erneuerung vergeblich. Aber die Vergangenheit, immer wieder verdrängt und geleugnet, trat ein über das andere malerneut zu Tage und mischte sich ein in die westdeutsche Gegenwart. Eine wirkliche Auseinandersetzung fand jedoch auch jetzt nicht statt. Selbst die verspäteten Strafprozesse, die in den letzten Jahrzehnten geführt wurden, haben wenig in der Öffentlichkeit bewirkt und die versäumte politische Aufklärung nicht nachholen können.

Die Tatsache, daß fast ausschließlich die blutigen Handlanger und Exekutoren vor Gericht standen, nicht die Schreibtischmörder, die das Verbrechen propagierten, organisierten, befahlen oder an ihm verdienten, lenkte die Aufmerksamkeit in eine falsche Richtung. Tatsächlich las man in der Berichterstattung mehr von den grauenhaften Einzelheiten, als von dem Plan und Zweck des ganzen Unternehmens. Aber nicht der Sadismus Einzelner, sondern die Entstehung des Systems, das solche Willkürherrschaft von Menschen über Menschen möglich machte, hätte das Thema sein müssen. Der SS-Staat und die Welt der Konzentrationslager, die den meisten heute unerklärlich fremd und fern erscheinen, hatten ihre Wurzeln in unserer Welt und waren ein Teil von ihr.

III.

Wie läßt sich Vergangenheit aufarbeiten? Die Verurteilung der NS-Verbrecher durch die ordentlichen Gerichte ist nur die eine Seite. Auch sie hat nie funktioniert. Die Gründe aufzuzählen, die vielfältig sind, brauchte es ein eigenes Referat.

Die zweite selbstverständliche Forderung, auch sie hierzulande nicht durchgesetzt, lautete auf Entfernung der Spitzenfunktionäre und Verantwortlichen des Dritten Reiches aus ähnlichen Stellungen der Bundesrepublik. Daß die Tatsache, aus welchen Gründen immer einer Zuchthausstrafe entgangen zu sein, noch keine Qualifikation bedeute, in der Demokratie öffentliche Ämter auszuüben, sei es als Minister oder Richter, leuchtete den Betroffenen nicht ein. Sie leugneten frech, einer wie der andere, bis sie überführt wurden, und wichen nur dem Skandal. Die hohe Pension blieb ihnen immer.

Die dritte Forderung, auch sie unerfüllt bis heute, betrifft die westdeutsche Bevölkerung insgesamt: die Mitläufer und passiven Zuschauer, die durch Handeln oder Unterlassen die Herrschaft der anderen möglich machten und ihren Befehlen gehorchten, aber auch die nachwachsenden Generationen, die heute in der Bundesrepublik bereits die Mehrheit bilden. Für sie wäre im Interesse der Festigung der Demokratie politische Aufklärung zu fordern gewesen und ist es noch, Kenntnismahme der historischen Fakten und Erhellung der unbekanntenen Ursachen jener allseits beklagten Folgen. Auch sie unterblieben.

Stattdessen bildete sich ein hilfloser Antifaschismus heraus, der in Wahrheit keiner ist, übte sich in Sonntagsreden, in denen der Hitlerstaat gebannt, verflucht, dämonisiert, moralisch verdammt, aber nie erklärt wurde. Vielleicht scheute man die volle, und das heißt: die konkrete Wahrheit über unsere Vergangenheit deshalb, weil von ihr ein Licht auf unsere Gegenwart fällt; weil sie Maßstäbe zu deren Beurteilung liefert, denen man sich nicht aussetzen mochte. Instinktiv wich man den Kernfragen aus, denn ihre Beantwortung hätte Konsequenzen nahegelegt, die niemand zu ziehen bereit war.

Kein Wunder, daß die junge Generation gegen die amtlich verordneten Bußübungen rebellierte und sich gegen jede Schuldzuweisung wehrte, da doch niemand ihnen sagte, worum es eigentlich ging. Dabei wären sie und vielleicht sogar ihre Eltern zu engagieren gewesen, hätte man an ihre eigenen Interessen als demokratische Bürger appelliert. Geschehen ist das nie. Deshalb stehen wir heute da, wo wir sind. Deshalb wachsen erneut Unwissenheit, Ressentiment und Haß, erscheinen die Hakenkreuze und NS-Parolen wieder.

Blickt man zurück, so scheint es, daß die wiederholten Anläufe zu einer Aufarbeitung der NS-Vergangenheit buchstäblich in Wellen verliefen, die ihren publizistischen Niederschlag jeweils in einer vorübergehenden Konjunktur des Themas auf dem Buchmarkt fanden. Der Theatererfolg des Tagebuchs der Anne Frank und die Hakenkreuzschmierereien auf jüdischen Friedhöfen Ende der fünfziger Jahre, vergeblich zunächst den Kommunisten zugeschrieben, lösten die beiden ersten dieser Wellen, die Ausstrahlung der amerikanischen Fernsehserie "Holocaust" Anfang 1979, so kritikwürdig sie war, die vorläufig letzte aus. Seither hatten es junge Wissenschaftler, die sich mit dieser Materie befassen, offenbar wieder leichter, Förderer ihrer Forschungsarbeiten und Verleger für ihre Manuskripte zu finden. Nach den großen Gesamtdarstellungen, Übersetzungen ausländischer Standardwerke eingeschlossen, ist in den letzten Jahren eine kaum noch übersehbare Fülle von Einzeluntersuchungen erschienen. In zahlreichen Arbeiten über bestimmte soziale und berufliche Gruppen, politische Organisationen, aber auch über die Geschichte einzelner Städte und Provinzen, wurde ein Stück verschütteter Geschichte nach dem anderen freigelegt und in das Bewußtsein der Gegenwart zurückgerufen. Es ist heute schwerer geworden, über

die Rolle der Verwaltung, der Justiz, der Medizin, der Wehrmacht, der Kirchen und der Hochschulen so leichtfertig zu reden oder so beharrlich zu schweigen, wie das noch vor einigen Jahren möglich war, weil inzwischen erdrückende Beweise für das Ausmaß der allgemeinen Mitwirkung am NS-Regime vorliegen.

Nachforschung und Spurensicherung waren auch das Ziel der zahlreichen lokalen Initiativen von Jugendgruppen, die während der letzten Jahre in mühseliger Kleinarbeit Material über die Geschichte ihres Stadtteils im Dritten Reich zusammentrugen und in bescheidenen Ausstellungen der Öffentlichkeit präsentierten. Hier dokumentierten die Nachgeborenen das Resultat ihrer Versuche, die jüngste Geschichte in die eigene Straße zurückzuholen und sie am Schicksal der Menschen, die in ihr lebten, sich und anderen besser verständlich zu machen. Dabei gelang in vielen Fällen zum ersten Mal der Dialog mit der älteren Generation, die sich ihnen gegenüber aus einem uneingestandenen Gefühl der Mitschuld und des Versagens bis heute so wenig zu erklären vermochte. Die Entdeckung der Alltagsgeschichte, soweit sie Herrschaftsgeschichte nicht ignorierte, sondern um eine weitere Dimension ergänzte, eröffnete einen neuen Zugang zu einer ganzen Epoche.

IV.

Das sind Fortschritte und wir wollen sie registrieren. Diese gegen alle Widerstände fortschreitende Aufklärung über das Dritte Reich, die Aufdeckung seiner Geschichte in wissenschaftlichen Dokumentationen wie in den kleinen Ausstellungen lokaler Bürger-Initiativen und Geschichtswerkstätten, haben natürlich eine nicht weniger heftige Gegenreaktion hervorgerufen. Große Teile der westdeutschen Bevölkerung sind von diesen vielfältigen Bemühen, Wissen und Gewissen der Öffentlichkeit zu stärken und zu mobilisieren, noch immer unberührt geblieben. Viele sind, wie jede Bürgerbefragung im Fernsehen bei aktuellen Anlässen vor Ort zeigt, von ihnen verstört und reagieren mit oft feindseliger Ablehnung. Politiker, die dieses Unbehagen artikulieren und sich zu ihren Sprechern machen, können auf breite Zustimmung rechnen.

Aber die Wiedergewinnung einer nationalen Identität und die Belebung des Geschichtsbewußtseins, die heute so lautstark gefordert werden, sind nur um den Preis zu haben, daß auch das Jahzwölft von 1933 bis 1945 nicht länger ausgeklammert und abgewiesen, sondern endlich angenommen wird, da es doch gerade seine gewaltsame Verdrängung war, die den beklagten Identitätsverlust und das gestörte Verhältnis zur Geschichte bewirkte.

Diese Aneignung einer aus dem Bewußtsein verdrängten Epoche und ihre Aufnahme in die kollektive Erinnerung ist ein langsamer, schmerzvoller und höchst widerspruchsvoller Prozeß, der die bestehenden gesellschaftlichen Konflikte und widerstreitenden politischen Positionen nur noch deutlicher herausarbeitet. Das ist in Bonn nicht anders als in den Ländern und Gemeinden. Der Streit, ob man Universitäten und Straßen nach Heinrich Heine und C.v.Ossietzky benennen, ob man rechtsradikalen Vereinigungen in städtischen Gebäuden Gastrecht gewähren, ob man auf dem Terrain ehemaliger Lager Stätten des Eingedenkens und der Aufklärung errichten oder das Gras des Vergessens wachsen lassen soll, wird noch lange nicht aufhören.

Wir sind nicht bald fertig, nähern uns keineswegs dem Ende der Auseinandersetzung mit dem NS, so sehr das auch viele hoffen. Trotz vielfältiger

Aktivitäten auf vielen Ebenen, die sich oft nur unter Schwierigkeiten durchsetzen können, stehen wir noch immer am Anfang. Trotz der heute viel zitierten Formel von den 6 Millionen, die nach jahrelangem Widerstand schließlich Eingang in die Umgangssprache gefunden hat, fehlt es bis heute an hinreichender Kenntnis, was sich hinter dieser Zahl verbirgt, was damals geschah, wie es geschah und warum es geschehen konnte. Gleichzeitig dient die Erwähnung des Massenmords am jüdischen Volk, der lange Zeit Tabuthema war, heute paradoxerweise schon dazu, von so vielen anderen Massenverbrechen jener Zeit zu schweigen, gerade so als habe es sich hier um den bedauerlichen Sündenfall eines im übrigen intakten und akzeptablen Regimes gehandelt.

Die mörderische Behandlung anderer ethnischer und gesellschaftlicher Randgruppen sowie jeder ernsthaften politischen Opposition tritt nur sehr langsam ins öffentliche Bewußtsein.

Bei alledem steht uns die Aufarbeitung des zweiten großen Massenverbrechens, das auf der Ideologie der Herrenrasse basierte, noch bevor: die Eroberungs-, Raub- und Vernichtungspolitik gegenüber unseren slawischen Nachbarn, den Jugoslawen, den Tschechen, den Polen und den Völkern in den okkupierten Territorien der Sowjetunion. Sie kostete weitere 25 Millionen Menschen das Leben. Und auch ihr Tod war nur zu einem kleinen Teil die Folge normaler Kriegshandlungen. Die Auseinandersetzung mit diesem Kapitel, die wir bisher (in einer Art Arbeitsteilung) der DDR überlassen haben, hat noch nicht einmal begonnen.

V.

Von Jahr zu Jahr wächst in unserem Land die Zahl derer, die fordern, endlich einen Schlußstrich unter die Vergangenheit zu ziehen.

Wie lange noch? so wird mit zunehmender Dringlichkeit gefragt. Soll das denn niemals aufhören? Beim Eichmannprozeß, beim Auschwitzprozeß, bei der Ausstrahlung von "Holocaust", zum 50. Jahrestag des 30. Januar 1983, zum 40. Jahrestag des 20. Juli 1984, zum 40. Jahrestag des 8. Mai 1985 - noch jedesmal war man sich darin einig, daß diese Ereignisse und die von ihnen ausgelösten Aktionen, so unwillkommen wie unvermeidlich, den definitiven Endpunkt einer Periode lästiger Selbstprüfungen zu bilden hätten. Jedesmal schwor man sich: mit diesem letzten Blick zurück sollte es nun aber auch ein für allemal getan sein. Die Vergangenheit sollte diesmal gründlich bewältigt werden, endgültig und für immer. Wir wissen alle hier, daß dieser psychologisch verständliche Wunsch die Realität verfehlt, daß es so nicht funktionieren kann, daß es immer so weitergehen wird, und wir wissen, warum das so ist. Aber wir müssen auch wissen, daß sich zwischen unserer Erkenntnis der Notwendigkeiten und dem Druck großer Teile der Bevölkerung ein wachsender Graben auftun wird. Wenn wir diese Tatsache weiter ignorieren und keine Gegenstrategie entwickeln, werden wir mit allen unseren Bemühungen scheitern, und die Demokratie in der Bundesrepublik wird den Schaden haben.

Wir sollten deshalb von uns alles nur Denkbare tun, um auch nur den Anschein zu vermeiden, als ginge es uns um permanente Selbstanklagen und Schulbekenntnisse, um Reue und Sühne, denn gegen solche Forderungen, die auf Dauer nur Heuchelei bewirken können und im Übrigen politisch gänzlich folgenlos bleiben, würde sich die Mehrheit der Nachgeborenen mit Recht wenden.

Es muß deutlich werden, daß nicht eine Herabsetzung der Deutschen als Volk gegenüber anderen Nationen das Thema ist, sondern Aufklärung im wohl-

verstandenen eigenen Interesse, weil diese lebensnotwendig für den Bestand unserer Demokratie ist. Daß es um die Befähigung des Bürgers geht, seine Rolle in der Gesellschaft besser zu verstehen und wahrzunehmen.

Mit anderen Worten: die isolierte Darstellung der NS-Verbrechen ist eine Schocktherapie, die psychologische Widerstände auslöst, gerade weil sie nur auf Unverständnis stoßen kann, solange der Weg unerklärt bleibt, der in diesen Abgrund führte. Zur Darstellung des NS-Staates gehören seine Vorgeschichte und seine Ursachen, gehört das gesamte politische System und seine Herrschaftstechnik, - die sich ja nicht in Terror erschöpfte, sondern in der Propaganda ein nicht weniger mächtiges Instrument hatte -, gehören auch die populistischen Züge des Regimes, seine Anziehungskraft auf breite Schichten der Bevölkerung und seine Fähigkeit, erfolgreich an deren Vorurteile, Wunschvorstellungen und sozialpsychologischen Bedürfnisse anzuknüpfen.

Es geht darum, die immanente Logik eines wahnhaften Systems ebenso aufzudecken wie die dahinter stehenden sehr handfesten Geschäfte, und zu erklären, was erklärbar ist, auch wenn Unbegreifbarkeiten bleiben, vor denen man nur verstummen kann.

Es geht auch um ein Lehrstück darüber, wie man die Bevölkerung eines Landes dazu bringen kann, gegen ihre eigenen Interessen zu handeln. Eine solche Lektion könnte mit Aufmerksamkeit rechnen, weil sie von den Lebenserfahrungen der Menschen ausgeht. Aber diese Aufklärung wird nirgends angeboten.

Vielleicht ist das nicht der unwichtigste Grund, warum den Nachgeborenen, die inzwischen herangewachsen sind, die Nazijahre so fern scheinen wie ein anderes Jahrhundert. Da die Schuldfrage sie nicht betrifft und Analysen ihnen nicht vermittelt werden, können viele den Sinn der immer erneuten Rückwendung ins Gestern nicht einsehen und ihre Verantwortung als Erben auch dieses Kapitel unserer nationalen Geschichte nicht annehmen, genauso wenig wie ihre Väter und Großväter.

Man kann lange darüber streiten, ob in den Schulen und in den Medien zu wenig getan wurde oder nicht manchmal auch des Guten zuviel. Unzweifelhaft scheint, daß auch von Wohlmeinenden vieles didaktisch jedenfalls gründlich falsch gemacht worden sein muß, wenn die Resultate, wie man sieht, so häufig kontraproduktiv sind. Darüber muß gesprochen werden.

Wir müssen es durch unsere Praxis ganz klar machen:

Nicht selbstzerstörerischer Masechismus läßt uns immer wieder in jene Vergangenheit zurückkehren, die viele so gern vergessen möchten, sondern die Sorge um die demokratische Zukunft dieses Landes und die innere Verfassung, in der seine Bevölkerung künftig leben wird.

Nur wenn ihre Lehren verstanden werden, wenn sie als konstitutives Element unserer Gegenwart begriffen wird, können wir die Vergangenheit im Hegelschen Doppelsinn des Wortes aufheben. Nur wenn wir sie, die nicht ungeschehen zu machen ist, als Erfahrung in unserem Bewußtsein bewahren, werden wir eine Politik entwickeln können, die eine Fortsetzung des geschichtlichen Irrwegs der deutschen Nation und eine Wiederkehr der Schrecken der Vergangenheit ausschließt.

Vortrag in der Evangelischen Akademie Berlin am 24. Januar 1987

Gerhard Schoenberner